

Die deutsche Kohlenwirtschaft vor der Wende

Abwerbung von Bergarbeitern?

In den letzten Wochen und Monaten hat kein volkswirtschaftliches Thema die Öffentlichkeit so sehr beschäftigt wie die Kohlenversorgungslage und die Situation des deutschen Bergbaus. Die Öffentlichkeit wurde mit einer derartigen Fülle von Stellungnahmen, Forderungen, Erklärungen, Aufsätzen und Dementis von Regierungs-, Bergwerks-, Wirtschafts-, Verbraucher- und Gewerkschaftsseite bombardiert, die nicht nur voneinander abweichen, sondern sich teilweise widersprechen, so daß jede Übersicht verlorengegangen ist. Diese publizistische Flut erreichte ihren höchsten Pegelstand, als die Forderung des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau¹⁾ an die Hohe Behörde der Montanunion auf eine Kohlenpreiserhöhung um 3 DM je Tonne absatzfähiger Kohle bekanntgegeben wurde.

Es überraschte nicht, daß eine der wichtigsten Begründungen des Bergbaus für die Notwendigkeit dieser Preiserhöhung, mit der eine neunprozentige Lohnerhöhung finanziert werden soll, gleich am nächsten Tage von Bonn offiziell dementiert wurde. Der Vorsitzende des Vorstandes des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau, Bergassessor a. D. *Wimmelmann*, hatte nämlich erklärt, daß die Lohnanpassung im Bergbau unerlässlich sei, wenn man sähe, welche Angebote den Bergleuten seitens anderer Industrien gemacht würden.

Aus einer ihm übermittelten amtlichen Mitteilung aus Nordrhein-Westfalen sei zu entnehmen, daß beim Bau der Autobahn Stundenlöhne von 3,50 DM bei Garantie einer zehnstündigen Tagesarbeitszeit gezahlt sowie Arbeit an jedem zweiten Sonntag, mit entsprechenden Zuschlägen, zugesichert worden sei. Der Autobahnarbeiter verdiene somit je Tag 36,75 DM, während der tarifliche Durchschnittslohn eines Hauers 18,17 DM betrage. Wenn auch einzelne Zechen bereits von sich aus höhere Löhne gezahlt hätten, könne doch der Bergbau nicht mit den Löhnen der größtenteils „ungelernten oder angelernten“ Arbeiter an der Autobahn konkurrieren, denn diese Leute kämen monatlich auf über 1000 DM. Der Bundesverkehrsminister widersprach diesen Behauptungen mit Angaben über die beim Autobahnbaubauabschnitt zwischen Unna und Kamen gezahlten Löhne. Vor allem wies er darauf hin, daß im Arbeitskräfteeinzugsgebiet sieben Kohlenzechen mit über 19 000 Beschäftigten liegen, die Gesamtzahl der Autobahnarbeiter aber nur 600 betrage, und daß einige Bergarbeiter wohl vorübergehend beschäftigt wurden, aber ausschieden, weil sie sonst ihre Werkwohnungen verloren hätten. „Diese Tatsachen beweisen, daß eine Beeinträchtigung der Interessen des Steinkohlenbergbaus im östlichen Ruhrbezirk durch die von Tiefbauunternehmen ausgeführten Arbeiten zur Vervollendung der Autobahn Kamen—Leverkusen nicht erfolgt ist und auch nicht erfolgen wird. Die von dem Unternehmensverband Bergbau in Essen für die Autobahnarbeiten genannten Löhne treffen für das gesamte Tiefbaugewerbe nicht zu und können daher auch nicht als Argument für wirtschaftspolitische Konsequenzen dienen, die der Ruhrbergbau aus der allgemeinen Lohnentwicklung glaubt ziehen zu müssen²⁾.“

Diese ausführliche Darstellung eines konkreten Beispiels aus dem Problemkreis „Abwanderung und Abwerbung von Bergarbeitern“ erscheint notwendig, weil sich die gesamte Argumentation des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau auf der Behauptung aufbaut, daß es die Gewinnung von rund 20 000 zusätzlichen Arbeits- und Nachwuchskräften ermöglichen würde, die Steinkohlenförderung um etwa 10 Millionen Tonnen zu erhöhen und damit alle Kohlen Sorgen vorerst gegenstandslos zu machen. Wenn man versucht, die aktuelle und künftige Problematik des westdeutschen Bergbaus aufzuhellen, muß man zunächst diese Behauptung untersuchen, die inzwischen auf Grund einer geschäftigen Publizistik Standardmeinung geworden ist. Man kann dem Unternehmensverband das Geschick nicht absprechen, es verstanden zu haben, selbst weiten Teilen der Wirtschaft die jetzt geforderte Kohlenpreiserhöhung mit dem drohenden Hinweis: „sonst noch größerer Arbeitskräftemangel und womöglich abnehmende Kohlenförderung“ schmackhaft gemacht zu haben.

1) Die Gründung des „Unternehmensverbandes Ruhrbergbau“ erfolgte am 15. Mai 1952, am 1. August 1953 nahm er seine Tätigkeit auf, nachdem die allgemeinen Voraussetzungen hierfür gegeben waren: Auf Grund der Liquidationsanordnung vom 21. Juli 1953 hatte die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung Ende Juli 1953 ihre Tätigkeit eingestellt. Die Mitglieder des Verbandes fördern 92,6 vH der gesamten westdeutschen Kohlenförderung.

2) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 4/1956, S. 27.

Zuwenig Bergleute — zuwenig Kohle

Nach einer Meldung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bezifferten die Zechen im Oktober 1955 ihren Fehlbestand auf 14 600 Untertagearbeiter und 4600 Lehrlinge. Wegen der allgemein günstigen Wirtschaftslage sei der Zugang von auswärts, auf den der Bergbau angewiesen und der im Durchschnitt der Nachkriegsjahre bis zu 60 vH der Gesamteinstellungen ausgemacht habe, jetzt auf 50 vH zurückgegangen. Trotz aller Förderungsmaßnahmen gelänge es vielen Zechen auch nicht mehr, genügend Lehrlinge zu finden, und viele Jungbergleute wanderten kurz nach Beendigung der Ausbildung ab.

Die Arbeitsämter hätten dem Bergbau in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres zwar mit rund 60 000 sogar 10 000 Arbeitskräfte mehr zugewiesen als in der Vergleichszeit des Vorjahres. Aber andererseits wären in der gleichen Periode rund 66 000 Arbeiter ausgeschieden. (Angeblich hat eine — etwas mysteriöse — Zeche in Überhausen nur noch 50 vH ihres normalen Belegschaftsstandes aufzuweisen.) Seither allerdings überwiegt die Zuwanderung wieder die Abwanderung: Ende November beschäftigte der Bergbau 477 275 Mann (Ende Oktober 476 267), davon 326 883 unter Tage (324 740). Im Laufe des Dezember nahm die Belegschaft weiter um insgesamt 1700 Mann (unter Tage 2200) zu, so daß mit 479 000 Mann insgesamt und 329 100 unter Tage beinahe die Arbeitskräftebesetzung von Ende 1954 (479 500 bzw. 329 800) erreicht wurde. Diese Entwicklung ist nicht etwa das Ergebnis von Sondermaßnahmen, sondern man hat den Grund in der saisonalen Verschlechterung der Arbeitsmarktlage zu suchen. Die Arbeitslosenzahl nahm nämlich im November um 92 782 (davon 71 220 Männer) zu, im Dezember sprang sie um 443 028 (davon 384 069 Männer) auf 1 046 005 (690 377 Männer). *Nordrhein-Westfalen* hatte Ende Dezember 1955 mit 139 620 (davon 86 434 Männer) 49 706 Arbeitslose mehr als einen Monat zuvor aufzuweisen; Ende Januar gab es sogar 241 524 (davon 182 276 Männer) Arbeitslose.

Aus dieser Entwicklung ergibt sich, wie unzutreffend die Behauptungen vom „allgemeinen Arbeitskräftemangel“ sind, denn bis weit in den Januar hinein herrschte ausgesprochen milde Witterung. Da der Bergbau offensichtlich der einzige Wirtschaftszweig ist, der das ganze Jahr hindurch einen effektiven Arbeitskräftebedarf hat, profitiert er von der Zunahme der Arbeitslosenzahl. Wenn der überdurchschnittliche Zustrom von Arbeitskräften zum Bergbau auch immer in den Monaten zu verzeichnen ist, in denen man ihrer am dringendsten bedarf, zeichnet sich damit doch keineswegs eine Lösung der Arbeitskräftefrage ab, denn im Frühjahr überwiegt wieder die Abwanderung bzw. stagniert die Belegschaft. *Sollte es endlich zum nächsten Winter gelingen, den unangenehmen und kostspieligen heftigen Saisonausschlag unserer Arbeitslosenzahl wesentlich abzuschwächen, wird der Bergbau kaum noch mit zusätzlichen Herbst- und Winterarbeitskräften rechnen können.*

Lohnerhöhung als Allheilmittel?

Anscheinend hat man das auch erkannt und hofft nun, mit der jetzt vereinbarten Lohnerhöhung — die den Gedingearbeitern zusätzlich 3,75 DM je verfahrenre Schicht gewährt, wovon ein Teil steuerfrei sein soll, und für die Schichtlöhner über und unter Tage durchschnittlich 6 vH beträgt —, den Bergmannsberuf attraktiver gestaltet und der üblichen Frühjahrsabwanderung vorgebeugt zu haben. Offenbar übersieht man hier, daß die Abwanderung von Ende März bis Ende September 1955 trotz der vorangegangenen Lohnerhöhung allein bei den Untertagearbeitern über 10 000 Mann betrug. Es ergibt sich also die Frage, ob man die Abwanderung überhaupt stoppen kann.

Die Fluktuation der Arbeitskräfte ist eine Erscheinung, die man — wie die Tatsache der regionalen Vollbeschäftigung an sich — in der Bundesrepublik zunehmend als negativ ansieht. Gewisse Kreise träumen im Zusammenhang mit der Wiederaufrüstung offenbar schon von einer neuerlichen „Verordnung zur Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels“. Wir müssen feststellen, daß sowohl Vollbeschäftigung wie Fluktuation der Arbeitskräfte im ganzen positive Vorgänge sind. Oder ist es etwa nicht sehr zweifelhaft, ob z. B. die

jetzige Höhe des Lohn- und sozialen Standards der Bergleute erreicht worden wäre, wenn es in den Bergbaurevierern eine Armee von Dauerarbeitslosen gäbe? Aus vielen Aufsätzen und Meldungen der Tages- und Wirtschaftspresse kann man geradezu eine Sehnsucht nach einer kleinen industriellen Reservearmee herauslesen. Gewiß eine engstirnige Haltung, aber Engstirnigkeit ist eben auch Mitte des 20. Jahrhunderts noch längst nicht aus der Mode.

Der Antrieb zum Wechsel des Arbeitsplatzes liegt doch für den Arbeitnehmer normalerweise in der Möglichkeit, bei gleicher Leistung mehr oder bei weniger Leistung das gleiche verdienen zu können als bislang; hinzu kommen eine Fülle soziologischer und psychologischer Momente. *Der* Betrieb wird die niedrigste Fluktuationsquote zu verzeichnen haben, dessen Arbeitnehmern bewußt ist, daß sie das Optimum an Gegenleistung für die Darbietung ihrer Arbeitskraft erhalten. Die Arbeitskräfte wandern also vom — nach ihrer Meinung — schlechteren zum besseren Betrieb oder Wirtschaftszweig, wobei natürlich die verschieden große Wertschöpfung je Arbeitskraft eine Rolle spielt. Vielleicht läßt der Unternehmensverband einmal durch *unabhängige* Betriebssoziologen und -Psychologen überprüfen, warum die Fluktuationsquoten der Zechen so sehr differieren. Sollte nicht eine (von vielen) Erklärung sein, daß mancherorts noch immer der früher allgemein übliche rüde und militärische Ton herrscht, der besonders viele Neubergleute davontreibt? Auch der Bergmann will als Mitarbeiter behandelt werden, nicht als „Knappe“, sonst geht er wieder, auch unter Kontraktbruch, vor allem wenn er anderwärts gleich gut oder fast so gut bezahlte Arbeit *über* Tage finden kann.

Mehr Kohle durch Produktivitätssteigerung?

Der Bergbau nimmt insofern eine Sonderstellung in der Wirtschaft ein, als hier der technischen und organisatorischen Rationalisierung engere Grenzen gesetzt sind; auch der beste Betriebswirt hat sich mit den geologischen Gegebenheiten abzufinden. Die Produktivität je Arbeiter und je Jahr über und unter Tage ist im Ruhrbergbau im gesamten Zeitraum von 1913 bis 1953 im Jahresdurchschnitt nur um etwa 0,6 vH gestiegen, während die durchschnittliche Produktivitätszunahme in den Industrien, deren Löhne mit den Bergbaulöhnen konkurrieren, auf längere Sicht etwa 2,5 bis 3 vH beträgt³).

Den letzten Berichten des Unternehmensverbandes ist zu entnehmen, daß die Leistung je Mann und Schicht von 1541 kg (November) über 1556 kg (Dezember) auf 1564 kg im Januar 1956 gestiegen ist und damit um 58 kg höher als im Dezember 1954 lag. Für das Jahr 1955 errechnet sich eine Schichtleistung von 1544 kg je Mann unter Tage; gegenüber 1954 (1492 kg) stieg sie also um 52 kg an. *Diese beachtliche Erhöhung der Ergiebigkeit um 3,3 vH ist Ursache der Zunahme der Kohlenförderung überhaupt (130,71 Mill. t 1955 gegen 128,04 Mill. t 1954 und 124,5 Mill. t 1953), ihr allein ist es zu verdanken, daß die Förderung nicht abgenommen hat*, denn im Jahresdurchschnitt 1955 waren weniger Bergleute als 1954 beschäftigt. Immerhin liegt die Schichtleistung im westdeutschen Bergbau auch heute noch etwa 19 vH unter der des Jahres 1938, allerdings wurde damals Raubbau betrieben; im nationalisierten Bergbau Großbritanniens liegt sie 5,2 vH über dem Vorkriegsstand.

Es ist völlig ungewiß, ob sich die Schichtleistung im bisherigen Ausmaß erhöhen kann, vor allem auch deshalb, weil es unmöglich ist, die *wahre* Kosten- und Rationalisierungssituation der Zechen zu durchschauen. Geheimhaltungs- und Tarnungspolitik ist eine alte Tradition der Bergwerksherren. Eine sichere und kräftige Förderungssteigerung läßt sich nur durch eine Vermehrung der Untertagebelegschaft erzielen, gewisse Möglichkeiten bieten auch Prämiensysteme zur Verringerung des Anteils der freiwilligen Feierschichten.

3) Vgl.: Sonderdruck der Referat« auf dem 36. Verbandstag des Verbandes oberer Bergbaubeamten am 16. Juni 1955 in Aachen, S. 12 (im Referat von Generaldirektor Burckhardt, Kohlscheid, „Gründe und Aufgaben einer Kohlenwirtschaftspolitik“).

Befreiung der Bergleute von der Wehrpflicht?

Das wirkungsvollste Mittel zur Deckung des Bergarbeiterbedarfs aus einheimischen Quellen wäre zweifellos die Freistellung aller Untertagearbeiter vom Wehrdienst oder wenigstens eine Verkürzung der Dienstzeit. Natürlich sind viele Militärs dagegen. Aber auch militärische Argumente — Gegnern der Aufrüstung fällt es schwer, sich mit ihnen überhaupt auseinanderzusetzen — sind zu widerlegen. Vielleicht fürchtet man in Bonn einen Massenzustrom junger Männer zur Untertagearbeit, weil damit mancherlei dokumentiert würde, was uns aber hier nicht beschäftigen soll. Diese „Arbeitskräftelenkung der leichten Hand“ würde, das ist mit Sicherheit vorauszusagen, alle Nachwuchs- und Arbeitskräftesorgen des Bergbaus auf lange Sicht gegenstandslos machen und besonders auch die Altersstruktur der Belegschaften günstig beeinflussen. Wahrscheinlich wird man aber erst dann eine parlamentarische Mehrheit für ein entsprechendes Gesetz finden, wenn unsere Kohlenförderung durch Einberufungen von Bergleuten der leistungsfähigsten Jahrgänge zurückgeht. Schließlich haben nicht nur die Briten, sondern in jüngster Zeit auch die Sowjets ihrem Bergbau auf Kosten der Streitkräfte zusätzliche Arbeiter zugeführt, während man in der Tschechoslowakei den umgekehrten Weg wählte, indem man eine große Zahl von Soldaten zur Untertagearbeit im Bergbau einsetzte.

Steuerbegünstigung für den Bergmann?

Populärer und auch kurzfristig wirksamer ist der Vorschlag der steuerlichen Entlastung der Bergleute. Da *unmittelbare Anreize* stets am wirksamsten sind, sollte man dem Untertagearbeiter nicht nur verschiedenartige Prämien gewähren, sondern ihm einen höheren Freibetrag bei der Lohnsteuer einräumen oder einfach die Lohnsteuergruppierung positiv verschieben. Diese Entlastungen müssen sich *sofort* in der Lohntüte bemerkbar machen. Eine Lohnsteuersenkung oder -befreiung als Mittel der Einkommenserhöhung der Bergarbeiter ist wirksamer als eine Lohnerhöhung, die über eine Preiserhöhung wieder hereingeholt werden soll, weil hierbei jede Preisauftriebstendenz vermieden wird. Die Zechenleitungen und der Bundesfinanzminister werden allerdings auf eine Kohlenpreiserhöhung nicht verzichten wollen, weil jene seit langem eine völlige Freigabe der Kohlenpreise anstreben und jede Preissteigerung als einen Schritt in dieser Richtung ansehen, der andere aber aus Prinzip dagegen ist, daß sich seine Steuereinnahmen schmälern. Unter Umständen ist aber Schäffer vielleicht doch zu überzeugen, daß ihm die lohnsteuerliche Entlastung der Bergleute auf der anderen Seite mehr einbringt.

Schäffer wendet sich auch gegen die vom Bergbau vorgeschlagene Umsatzsteuersenkung um 2,5 auf 1,5 vH; hiermit würden die Zechen um 1,40 DM je t entlastet. Der Bergbau besteht außerdem auf rückwirkender Erfüllung der vom Bundeswirtschaftsminister bei der Lohnerhöhung vom April 1955 versprochenen finanziellen Entlastungen (Senkung der Umsatzsteuer, Änderung bei der Bewertung des Untertagevermögens und Sonderregelung der Vermögensabgabe). Insgesamt hofft der Bergbau, jährlich 100 bis 150 Mill. DM weniger Steuern zahlen zu müssen⁴⁾. Es ist nur zu hoffen, daß der Bergbau künftig das

4) In Beantwortung einer Großen Anfrage der SPD im Bundestag hat Staatssekretär Dr. Westrick am 10. Februar 1956 ein Hilfsprogramm der Bundesregierung für den Steinkohlenbergbau vorgelegt. Danach sind folgende Maßnahmen beabsichtigt: 1. Die Kohlenpreise werden vom 1. April an um 2 DM je Tonne Absatz erhöht. Da die Ausgleichumlage Belgiens seitens der Montanunion um 0,15 DM je Tonne Absatz gesenkt wird und diese Senkung nicht an die Verbraucher weitergegeben werden soll, wird die Preiserhöhung für die Verbraucher 1,85 DM je Tonne betragen. 2. Der Bund wird für die Dauer von zwei Jahren einen Teil der Knappschaftsbeiträge bezahlen. Dadurch entsteht eine Kostentlastung von 1,77 DM je Tonne Absatz. 3. Für die Untertageanlagen werden günstigere Bewertungs- und Abschreibungsmöglichkeiten zugelassen. Dadurch wird eine Entlastung von 0,47 DM je Tonne erreicht. 4. Die anstehende Senkung der Montanumlage bringt eine Entlastung von 0,22 DM je Tonne Absatz. 5. Am 1. April findet eine Erhöhung der Hochofenkokspreise statt, die eine Erlösverbesserung von 0,34 DM je Tonne Gesamtabsatz bringt. — Diese Verbesserungen betragen für den Steinkohlenbergbau insgesamt 4,80 DM je Tonne Absatz. — Weiterhin wird der Bund auf einen Teil des Lohnsteueraufkommens verzichten, da von diesen Beträgen eine vorgeschlagene Schichtprämie für Bergarbeiter gezahlt werden soll. Es ist vorgesehen, eine steuerfreie Prämie für Gedingearbeiter in Höhe von 2,50 DM je verfahrenre Schicht und für Schichtlöhner unter Tage in Höhe von 1,25 DM je verfahrenre Schicht einzuführen. (Vgl. „Die Bergbauindustrie“ vom 18. 2. 1956.)

KURT FIEBICH

Schwergewicht auf Rationalisierungsinvestitionen legt und nicht weiterhin die sich besser und rascher rentierenden Übertragelinvestitionen (zum Beispiel Kokereien und Kraftwerke) bevorzugt. Die höhere Fortschrittsrate der Produktivität im nationalisierten britischen Bergbau und in belgischen und französischen Gruben beweist, daß der deutsche Bergbau im Mechanisierungsgrad recht erheblich nachhinkt.

Ausländische Arbeitskräfte für den Bergbau?

Der Verfasser hat an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß von allen deutschen Wirtschaftszweigen lediglich der Bergbau mit stichhaltigen Argumenten die Anwerbung von Fremdarbeitern betreiben könnte⁵). Aber ausgerechnet an der Ruhr und im Aachener Revier hat man im Gegensatz zu Landwirtschaft und Baugewerbe keinerlei Interesse. Einmal gibt man sich der Hoffnung hin, mit den geschilderten direkten und indirekten Lohnerhöhungen die Arbeiterknappheit mit Einheimischen beseitigen zu können, zum anderen befürchtet man, daß „vornehmlich ungelernete Südtaliener“ nach der Bundesrepublik kommen, die als „nicht besonders arbeitswillig gelten“ und ferner, daß „durch Sprachschwierigkeiten die Unfallgefahr außerordentlich stark erhöht wird“. Der Bergmannsberuf verlöre noch mehr an Anziehungskraft, wenn man ausgerechnet (!) Südtaliener im Ruhrgebiet heimisch machen würde.

Offenbar hat man über allem nationalen Arbeitsethos ganz übersehen, daß es die „faulen und schmutzigen Polen“ waren, die entscheidend dazu beigetragen haben, daß das Ruhrgebiet zu dem geworden ist, was man in der ganzen Welt heute darunter versteht und daß die USA und die meisten lateinamerikanischen Staaten die Zuwanderung von Italienern außerordentlich schätzen. Außerdem scheint in Essen unbekannt zu sein, daß in Belgien und Frankreich die Kohlegewinnung mit dem Einsatz oder Nichteinsatz von ausländischen, überwiegend italienischen Arbeitskräften steht oder fällt⁶).

Hinter dem Desinteresse des deutschen Bergbaus, des einzigen wirklich arbeitskräfteknappen deutschen Wirtschaftszweiges, scheinen besondere Überlegungen zu stehen: wenn innerhalb weniger Monate rund 20 000 geeignete ausländische Arbeitskräfte angelegt würden — was praktisch durchaus möglich wäre, denn in *allen* Teilen Italiens, auch in den Bergbaubezirken, wartet man auf die Chance eines gutbezahlten Arbeitsplatzes in der Bundesrepublik! — wäre der Bergbau in der Lage, seine Kapazitäten mit einem Schlag auszunutzen, käme in die Kostendegression und könnte dann noch weniger überzeugend als heute nachweisen, daß es ihm finanziell schlecht geht. Es würde also keinesfalls überraschen, wenn der Bergbau zunächst einmal alle beschriebenen Erleichterungen mitnimmt *und anschließend lauter als jeder andere Wirtschaftszweig nach Fremdarbeitern ruft, mit der Begründung, daß die fehlenden 20 000 Arbeitskräfte eben doch nicht vom einheimischen Arbeitsmarkt zu beschaffen waren.*

Man sollte die Dinge sehen wie sie sind und nicht dem Branchenegoismus erliegen. Die Fluktuationsquote im Bergbau wird nach Realisierung aller Pläne zweifellos etwas zurückgehen, aber schon bald wieder ansteigen, weil es im Wesen einer freien Preis- und Lohnentwicklung¹ und einer aktiven Lohnpolitik liegt, daß ein ununterbrochener Anpassungs- und Fortschrittsprozeß existiert, der in kurzer Zeit die heute als Stein der Weisen gepriesenen Attraktionen für den Bergarbeiterberuf zunichte machen wird — nur die Befreiung von der Wehrpflicht dürfte die Ausnahme bilden. Wir können nur wiederholen, was wir kürzlich im Rahmen einer Untersuchung des britischen Bergbaus ausführten: „Offensichtlich ist es in einer vollbeschäftigten Volkswirtschaft unmöglich, den Bergbau

5) Vgl.: „Arbeitsreserven sind nicht ausgenutzt“ in „Vorwärts“ v. 23. Dezember 1955.

6) Am 6. Oktober 1954 waren in Belgien von 146 300 Bergleuten 40 vH Ausländer, unter Tage arbeiteten 60 vH Ausländer und nur noch 40 vH Belgier. In den ersten neun Monaten des Jahres 1955 lag die Schichtleistung in Belgien 5,6 vH, in Frankreich 29,1 vH über dem Vorkriegsstand, Tatsachen, die gewiß nicht gegen den Einsatz von Ausländern im deutschen Bergbau sprechen.

DEUTSCHE KOHLENWIRTSCHAFT VOR DER WENDE

mit einer ausreichenden Anzahl einheimischer Arbeiter zu versorgen, auch wenn Spitzenlöhne gezahlt werden und die sozialen Leistungen der Betriebe hervorragend sind⁷⁾.“ So ist auch der bedauerliche Rückgang der britischen Kohlenförderung im abgelaufenen Jahr um 2,7 Mill. t auf 221,6 Mill. t einzig und allein auf diese Tatsache zurückzuführen. Wir sollten die Lehre aus den bitteren britischen Erfahrungen ziehen. *Die große und beispielhafte Tat der Sozialisierung des britischen Kohlenbergbaus ist nur deshalb in Mißkredit geraten, weil man sich seit Jahren dagegen sperrt, das Arbeitskräfteproblem auf europäischer Basis zu lösen.* Gerade in diesen Wochen, die dem privatwirtschaftlich betriebenen westdeutschen Bergbau zweifellos Möglichkeiten bringen werden, sein Sachvermögen noch rascher als bisher zu vergrößern, sollten wir uns das vor Augen führen.

Die langfristige Problematik der deutschen Kohlenversorgung

Wie Großbritannien befindet sich auch die Bundesrepublik im Stadium der Wandlung vom Kohlenausfuhr- zum Kohleneinfuhrland. Während man auf der Insel bereits die Konsequenzen aus dieser Entwicklung zog und sich energisch bemüht, die sinnlos gewordenen Exporte von festen Brennstoffen zu drosseln und die Verwendung von Heizöl zu fördern, ignoriert man in der Bundesrepublik die sich klar abzeichnenden Tendenzen. In *wenigen Jahren* wird der westdeutsche Kohlenimport stets größer als der -export sein, einen Vorgeschmack dessen gab uns bereits der *September 1955, der erstmals eine negative Kohlenaußenhandelsbilanz brachte*, die gleiche Lage ergab sich im Oktober. Besonders unangenehm ist schon heute, daß die Masse der Einfuhrkohle zu einem weit höheren als dem Preis für Inlands- und Ausfuhrkohle aus den USA herangebracht werden muß. Wir holen also große Mengen „Kohlen ins Ruhrgebiet“ — und bezahlen sie mit Dollars, eine beschämende Tatsache, die als Prophezeiung noch vor kurzer Zeit mit „übler Schwarzseherei“ abgetan worden wäre. Unverständlicherweise bemüht sich die Bundesregierung, diese Fakten zu verharmlosen. So liest man im „Bulletin“ regelmäßig Überschriften, wie „Kein wirklicher Kohlenmangel“, „Vorsorge für den Winter“, „Großzügige Einfuhrmöglichkeiten“ usw. Man verweist auch gern darauf, daß sich „noch Anfang 1954 die Koks und Kohlenhalden türmten“, anscheinend ohne sich bewußt zu werden, daß diese Halden lediglich Ausdruck des Nichtfunktionierens der „sozialen Marktwirtschaft“ waren, eine Situation, die sich jederzeit wiederholen kann, wenn die Nachfrage in der eisenschaffenden Industrie scharf absinkt, was in der Geschichte der Schwerindustrie so oft zu verzeichnen war.

Ausfuhr um jeden Preis?

Als 1954 über 5 Mill. t Kohle und Koks auf Halde lagen, wurde die Ausfuhr mit allen Mitteln gefördert; sie erreichte 28 Mill. t gegenüber 25 Mill. t 1953. Inzwischen ist sie wieder zurückgegangen, aber die Bundesregierung und der Unternehmensverband Ruhrbergbau sind der Meinung, daß der deutsche Bergbau auch in den kommenden Jahren „in ausreichendem Umfange exportintensiv“ bleiben muß⁸⁾. Immer wieder operiert man völlig wirklichkeitsfremd mit der Tatsache, daß die deutsche Kohlenausfuhr bisher je Jahr mit rund 2,5 Mrd. DM etwa die Hälfte des gesamten Außenhandelsüberschusses erbracht hätte.

Wirkt sich der Gemeinsame Markt der Montanunion bei Stahl für die Stahlverarbeiter der Bundesrepublik günstig aus, weil große Einfuhrmengen ungehindert und

7) Vgl.: Fiebich, Ergebnisse und Planungen im britischen Kohlenbergbau. GM Nr. 12/1955, S. 757.

8) Im „Bulletin“ v. 30. Juli 1955, S. 1182, heißt es u. a.: „Eine weitere Kürzung der Ausfuhr wäre auch kohlenwirtschaftlich wegen der Sicherung der Märkte und der Arbeitsplätze von 500 000 Bergleuten für Zeiten des Kohlenüberschusses nicht vertretbar.“ Vgl.: „Täglich 50 000 t Steinkohle aus neuen und ausgebauten Zechen. — Eine Bilanz des westdeutschen Steinkohlenbergbaus.“ Veröffentlichung des Unternehmensverbandes vom Dezember 1955.

zollfrei einströmen können und somit die Versorgungsspannungen mildern, ist bei der Kohle das Gegenteil der Fall: 70 vH unserer Kohlenexporte gehen zu niedrigen Preisen nach den Mitgliedstaaten, und es gibt keinerlei Steuerungsmöglichkeiten. Unter diesem Aspekt gewinnt die geforderte Kohlenpreiserhöhung allerdings besondere Bedeutung. Die anderen 30 vH unserer Exportkohlen gehen nach den sogenannten dritten Ländern, wie Österreich, Schweiz, Dänemark, Schweden, Großbritannien, Jugoslawien usw. Man nennt diese Ausfuhren in Bonn „handelspolitisch unabdingbar“, statt diesen Kohlenkunden mit Bedauern zu erklären, daß sie sich ihre festen Brennstoffe künftig aus den USA besorgen müssen. Tut man dies nicht, gerät man in die böse Lage des britischen National Coal Board: In Unterschätzung der Dynamik der britischen Energienachfrage und Überschätzung der eigenen Förderungsmöglichkeiten wurde die Kohlenausfuhr „um jeden Preis“ aufrechterhalten, mit dem Ergebnis, daß man ungeheure Summen für direkte und indirekte Subventionen auswerfen mußte. Die Belastung der deutschen Wirtschaft mit Energiemehrkosten durch den Zwang zur Verwendung der US-Importkohle beläuft sich bereits im Kohlenwirtschaftsjahr 1955/56 auf etwa 250 Mill. DM, die letzten Endes der Verbraucher zahlt; die gesamte Kohleneinfuhr wird im gleichen Zeitraum etwa 15 Mill. t betragen.

Es ist unwahrscheinlich, daß die Kohlenförderung im laufenden und den folgenden Jahren ohne Beschäftigung von Fremdarbeitern in die vorhandenen Kapazitäten hineinwächst. Ziemlich sicher aber ist, daß die inländische Nachfrage weiterhin kräftig steigen wird, so daß die deutsche Wirtschaft bei unveränderter Beibehaltung der Kohlenausfuhr auch künftig den amerikanischen Kohlenbergbau sanieren und die Taschen der Schiffahrtsgesellschaften füllen helfen wird. Hinweise, daß die amerikanische Kohle lediglich deshalb so teuer ist, weil die Seefrachten — wieder einmal — in die Höhe geschneit sind, können nicht beruhigen, denn gezahlt werden müssen die Preise eben doch. Die Entwicklung auf dem Seefrachtmarkt ist ein typisches Beispiel für die hemmungslose Profitgier, die manche Leute für ausgestorben halten; dabei ist es gleichgültig, welcher Nation die „christlichen Seefahrer“ angehören. Durch weit überhöhte Frachtforderungen, die keinesfalls mit gestiegenen Kosten begründet werden können, verdoppeln sie den Preis der in den USA infolge weitestgehender Mechanisierung und ungewöhnlich günstiger Abbauverhältnisse unglaublich billig geförderten Kohle. Noch schlimmer: besonders in den USA werden Hunderte von „eingemotteten“ Schiffen trotz starker Nachfrage nach Frachtraum nicht in Dienst gestellt, damit die Frachtraten auf ihrer heutigen Höhe bleiben. Große Schiffahrtsgesellschaften halten auch oft einzelne Schiffe zurück, um die Frachten hochzutreiben.

Briketts sind und bleiben Mangelware

Für den Hausbrandverbraucher ist schmerzlich, daß die Erzeugung von Braunkohlenbriketts in der Bundesrepublik offenbar ihren Höhepunkt überschritten hat. 1954 wurden im rheinischen Revier 15,05, 1955 nur noch 14,75 Mill. t hergestellt, obwohl die Nachfrage wegen der rapiden Bevölkerungszunahme und der rasch wachsenden Zahl der Haushaltungen größer ist denn je. Die Braunkohlenförderung dagegen stieg von 75,7 auf 77,1 Mill. t, die Mehrförderung wurde unter den Kraftwerkskesseln verfeuert. Sobald die wegen Auskohlung der zugehörigen Tagebaue abbruchreifen Brikettfabriken ihre Produktion einstellen, wird die Briketterzeugung weiter abnehmen. Auch hier sind handfeste Profitinteressen im Spiel; es bringt den Braunkohlengruben wesentlich mehr Gewinn, Rohbraunkohle in auf der Kohle stehenden Großkraftwerken zu verfeuern, als sie zu brikettieren. Da aus Mitteldeutschland, das nach wie vor unter einer kaum vorstellbaren Energieknappheit leidet, keine vermehrten Brikettlieferungen zu erwarten sind (1955 wurden rund 3 Mill. t Briketts im Rahmen des Interzonenhandels bezogen), wird dieser

DEUTSCHE KOHLENWIRTSCHAFT VOR DER WENDE

preiswerte Brennstoff seinen jahrzehntealten Charakter allmählich verlieren und zum *Anheizmittel* werden, dem die auch kalorisch viel teurere Steinkohle sowie Koks nachgefeuert werden müssen, oder man muß sich auf die Verwendung von Heizöl umstellen, das aber noch zu kostspielig ist und außerdem nicht in ausreichenden Mengen zur Verfügung steht.

Schon heute bedarf es in allen Teilen der Bundesrepublik „Beziehungen“, um vom Kohleneinzelhandel überhaupt noch mit Braunkohlenbriketts beliefert zu werden, ein Ausweichen auf Steinkohle ist die zwangsläufige Folge, ohne daß indessen überall ausreichend *einheimische* Kohlen zum normalen Preis greifbar sind. Bei dieser Sachlage kann es nicht verwundern, daß die rheinische Braunkohlenindustrie schon im September 1955 darauf hinwies, daß der Preis für rheinische Braunkohlenbriketts von 26,30 DM je t ab Grube erhöht werden müßte, „um der wirklichen Marktlage gerecht zu werden“; „gegenüber anderen Energieträgern, insbesondere der Steinkohle, ist der Brikettpreis viel zu niedrig“, deshalb gibt es einen „Nachfrageüberhang“. Daß die Braunkohlenwerke bei den jetzigen „zu niedrigen“ Preisen in der Lage sind, Investitionen ungeheuren Umfangs vorzunehmen, erhellt einmal mehr, wie einseitig man die Preisbildung betrachtet und wie gern man die Mangelsituation ausnutzen möchte.